

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: **Städtische Verlagsanstalt**,  
Dresden, Hauptstr. 1, Arbeiter-Eng-  
schloß u. Beamten, W.B., Dresden,  
Wesendberg-Krumboltz, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Einnahmen vom 1. bis 15. des Monats ist es durch den Verleger der Dresdner Volkszeitung seinen Anzeigern auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Redaktion: **Postfach 1268, Dresden**  
Telefon: **1268**  
Abonnementspreis: **1,20 M.** (einschl. 10 Pf. Porto) jährlich  
Einzelhefte: **10 Pf.**

Druckerei: **Verlagsanstalt**,  
Dresden, Hauptstr. 1, Arbeiter-Eng-  
schloß u. Beamten, W.B., Dresden,  
Wesendberg-Krumboltz, Dresden

Abonnementspreis: Die 90 mm breite Monatszeitschrift 1,20 M., die 90 mm breite Wochenzeitschrift 1 M., für Ausland 40 Pf. u. 2,00 M., abgültig Verrechnung laut Tarif, Familienausgaben, Stellen- u. Anzeigenpreise 20 Pf. netto, für Briefmarken 10 Pf. Einzelhefte 10 Pf.

Nr. 271

Dresden, Sonnabend, den 19. November 1932

43. Jahrgang

## Neues Herrenkabinett droht

### Parteiführer beim Reichspräsidenten - Hindenburgs Bemühungen: „Präsidialkabinett“ mit Unterstützung durch das Zentrum

Aus Berlin wird berichtet: Der Reichspräsident hat am Freitag die angekündigten Besprechungen zum Zwecke der Neubildung der Reichsregierung geführt. Vormittags empfing er den Reichspräsidenten Hugenberg, abends den Zentrumsführer Brüning und anschließend den Volkspartei-Führer Brüning. Alle Unterredungen waren nur von kurzer Dauer. Am Sonnabend werden Brüning und der bayerische Volkspartei-Führer Brüning empfangen.

Hugenberg wandte sich in der Unterredung mit dem Reichspräsidenten gegen jede Lösung der Krise durch die Fraktionen des Reichstags. Er will das Parlament nach wie vor ausgeschaltet wissen. Der Zentrumsführer Brüning erklärte die Bereitschaft seiner Partei zur Unterstützung jeder Regierung, die im Parlament eine Stütze findet, mit der Volksvertretung jedoch arbeiten will und Experimente mit der Volksvertretung nicht unternimmt. Brüning erklärte, dass er die Verfassung ablehnt, die im Reichspräsidentenamt liegt. Brüning erklärte, dass er die Verfassung ablehnt, die im Reichspräsidentenamt liegt. Brüning erklärte, dass er die Verfassung ablehnt, die im Reichspräsidentenamt liegt.

Schon der Verlauf der am Freitag geführten Besprechungen hat ergeben, dass eine Verständigung unter den für die sogenannte „nationale Konzentration“ in Frage kommenden Parteien kaum noch zu erwarten ist. Die Deutschnationalen wollen das Gegenteil von dem, was das Zentrum wünscht, so dass die von dem Reichspräsidenten empfohlenen Besprechungen unter den Parteien von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt sind. Zentrum und NSDAP, die ebenfalls für eine Zusammenarbeit mit dem Reichspräsidenten sind, werden jedoch zunächst unter sich eine Verständigung versuchen. Ein Termin für diese Besprechungen ist bereits festgesetzt. Sie sollen nach dem Empfang Brüning bei Hindenburg beginnen und sich auf die Regierungsbildung im Reich und in Preußen beziehen.

Falls diese Besprechungen zum Scheitern führen, sollen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die übrigen für eine „nationale Konzentration“ in Frage kommenden Parteien vor der Handlung selbst scheitern man sowohl beim Zentrum als auch bei den Nationalsozialisten ziemlich optimistisch zu sein. Allerdings wünscht auch das Zentrum keine vom Reichspräsidenten abgeleitete Regierung, sondern ein Kabinett, das nach außen als „Präsidialregierung“ firmiert, aber zugleich eine parlamentarische Vertretung ähnlich wie zur Zeit der Regierung Brüning ab und zu stellt.

## Was nun?

Und nun beginnt wieder das große Rätselraten darüber, was werden soll? Die Papen-Parone sind gefürzt — wer soll ihr Nachfolger werden? Ein Eberhard-Baumbach tritt sich und hat die Neigung, immer größer zu werden. Bereits kündigt sich ein neues riesiges Staatsdefizit von rund 800 Millionen Mark an. Die Aufschwungpolitik, die Papen zugunsten der Industriellen eingeleitet hat, geht bereits auf Konto des Steuerjahres 1933. Das Defizit wird also rapid wachsen. Der Versuch Papens, die ausländische Einfuhr zugunsten der Großagrarier zu kontingentieren, hat unsere Handelsbeziehungen so verschlechtert, daß der Ausfuhrüberschuß um etwa 500 Millionen Mark gesunken ist. Wer will dieses Erbe antreten?

Das Papen-Kabinett wurde ja nicht nur gefürzt, weil es ihm nicht gelang, sich eine breitere parlamentarische Deckung zu verschaffen, sondern das Monokabinett konnte sich nicht mehr halten, weil zwischen den zwei mächtigsten Interessengruppen Deutschlands, auf die sich die Papen-Politik stützte, weil zwischen Großagrarier und Schwerindustriellen ein Streit über den Papen-Kurs tobte. Die Industrie ist nicht einverstanden mit dem agrarischen Kurs, mit dem Handelskrieg, den die Kontingentierungspolitik hervorgerufen hat; er gefährdet den Export der deutschen Industrie lebensgefährlich. Aus diesem Lager wurde der erste Schuß gegen die Papenregierung abgefeuert, als die Reichsbank erklärte: durch die junckerliche Handelspolitik könne auch die deutsche Währung ins Wackeln kommen. Die Verleumdungen vor den Folgen ihrer Politik zwangen Papen u. Co., Anschluß an die Parteien zu suchen; die bankrotte Regierung wußte nicht mehr aus noch ein, als die großen Parteien jeder Verhandlung mit Papen die kalte Schulter zeigten.

Aber die Schwierigkeiten einer parlamentarischen Regierungsbildung sind damit für die bürgerlichen Parteien nicht geringer geworden. Es gibt eigentlich nur eine Möglichkeit der Mehrheitsbildung: die Koalition zwischen Zentrum, Nazis, Volkspartei und Deutschnationalen; nur sie ergibt eine tragbare bürgerliche Mehrheit im Reichstag. Diese Kombination dürfte an den Deutschnationalen scheitern, weil Hugenberg, der Parteichef des Herrenflusses, alle Mühen

bringen lassen wird, um die den Schwerindustriellen und Großagrarier gleichverhättnis Demokratie zu diskreditieren. Die Deutschnationalen aller Spielarten wollen die Verfassungsänderung, Beseitigung des freien Wahlrechts, wolle zurück zum Untertanenstaat. Dazu brauchen sie die Zustimmung des Reichstags. Vom „überkippten Parlamentarismus“ redeten die Papen-Parone — die Demokratie meinten sie.

Zentrum, Nazis und Volkspartei allein aber ergeben noch keine Reichstagsmehrheit. Außerdem verlangt Stille das Kanzleramt. Aber den Macht als Meister — das wollen die Braun- und Schlotanker, die gegenwärtig auf Hindenburg den stärksten Einfluß haben, auch nicht. Und so dürfte in der verpönten Presse bald wieder das lustige Geseire ansetzen.

## Volkssentscheid verschleppt

**Baronswillkür - Aneufung des Reichstags**  
D. In der Freitagssitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde eine Protestentscheidung gegen die Verschleppung des von der Sozialdemokratischen Partei vorgelegten Antrags zu einem Volksbegehren auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung vom 4. September angenommen. Es wurde beschlossen, im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Ausführung des Volksbegehrens und des Volkssentscheids einzubringen.

haben: „Der Parlamentarismus verlagert; die Parteien können nicht regieren.“

Mit diesem Gesetzentwurf soll verschleiert werden, daß der kapitalistische Staat, daß das bürgerliche Deutschland nicht mehr demokratisch regieren kann. Die Weltkrise hat die sozialen Gegensätze derart verschärft und die Not Deutschlands so gesteigert, daß auch die bürgerlichen „Interessengruppen“ hart aufeinanderprallen. Unternehmer und Großagrarier fühlen sich dem Wirtschaftsbankrott so nahe, daß sie sich mit Subventionspolitik durch das Reich aufrechterhalten möchten. Das wiederum geht auf Konto der breiten Massen. Eine Partei wie das Zentrum etwa, die proletarische und kleinbürgerliche Anhängerschaft in ihren Reihen vereint, kann da nicht mehr mit. Brüning wurde ja gestürzt, weil seine Politik den Besitzenden zu sozialpolitisch und sein Siedlungsprogramm gar „agrarbolkschwerfisch“ war. Eine Koalition mit der Sozialdemokratie jedoch kommt deswegen nicht in Frage, weil sich die Forderungen unserer Partei durch die Not der Zeit derart verschärft haben, daß sie vor allem wohl ein Ausräumen unter den bankrotten Teilen des Kapitalismus und des Agrariertums bedeuteten.

Es gäbe in diesem Reichstag eine Mehrheit zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Aber Hitlers Demagogiepartei will keine wirklich sozialistische orientierte Politik, sondern redet nur davon. In Wirklichkeit ist die NSDAP gegen die Regiebetriebe der Kommunen ebenso wie gegen Sozialisierung, Strövers Erklärungen, daß das Nazisprogramm im antisozialistischen Sinn umgeschrieben werden müsse, beweisen das. Und die Kommunisten? Sie denken gar nicht daran, irgendwelche parlamentarische Verantwortung mit auf sich zu nehmen. Ihre Parole lautet auf Moskauer Befehl automatisch: „Der mit Sowjetdeutschland!“, obwohl man sich in der SPD über die momentanen Machtverhältnisse keine Illusionen hingibt. Die deutschen Moskauer setzen sich seit dem letzten Wahlkampf ein für Aufrechterhaltung der sozialen Erregung, der Lärme und anderer realpolitischer Dinge, die die Sozialdemokratie erkämpfte, der Wille zu einer entsprechenden proletarischen Koalitionspolitik im Parlament fehlt ihnen jedoch völlig. Die Diskussionsfähigkeit einer solchen Machtenstellung dreier Parteien, die beträchtliche proletarische Anhänger und die übergrö-

## Fort mit der Lohnkürzung!

### Dringende Forderung der SPD.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag beschlossen, folgenden Antrag im Reichstag einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen: 1. die Verordnung des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosigkeit und der Sozialversicherung sowie zur Zielsetzung der Arbeitsbeschäftigung der Gemeinden vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 273), 2. die Verordnung des Reichspräsidenten zur Regelung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 425) und 3. die Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 433) sind außer Kraft zu setzen.“

Mit diesem Antrag wiederholt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die schon im vorigen Reichstag gestellte Forderung, die unter der Regierung Papen erlassenen Notverordnungen wieder aufzuheben. Die Notverordnung vom 14. Juni brachte die brutale Kürzung der Arbeitslosenunterstützung in allen ihren Zweigen, der Renten aus der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und Unfallversicherung sowie der Renten der Kriegsbekämpften und Kriegerverwundeten. Die Sozialdemokratie verlangt, daß diese Kürzungen ebenso rückgängig gemacht werden wie die durch die gleiche Notverordnung vor-

genommene Erhöhung der Massenbelastung durch Einführung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Befreiung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer.

Die Verordnungen vom 4. und 5. September enthielten den sogenannten Papen-Plan zur Belebung der Wirtschaft. Nach dem Willen Papens sollte die „Anfurbelung“ der Wirtschaft dadurch erfolgen, daß

den Arbeitern Lohnkürzungen bis zu 20 Prozent aufgezogen werden sollten, während die Besitzenden 1½ Milliarden Mark Steuergutscheine und 700 Millionen Mark Lohnprämien erhalten sollten. Die Sozialdemokratie hat diesen Generalangriff der Reaktion auf die Lebenshaltung der werktätigen Schichten von Anfang an mit aller Entschiedenheit bekämpft. Sie verlangt jetzt wiederum,

daß die ungeheuerlichen Lohnkürzungsverordnungen und die Steuergutscheine an die Besitzenden rückgängig gemacht werden.

1½ Milliarden Mark Massenbelastung durch die Notverordnung vom 14. Juni — 1½ Milliarden Mark Steuergutscheine für die Besitzenden durch die Notverordnung vom 4. September: das ist die Bilanz der „Anfurbelung“ der Wirtschaft der Herrenklubregierung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereitet im übrigen eingehende Gesetzentwürfe darüber vor, wie die Belebung der Wirtschaft nicht durch weitere Vernichtung, sondern durch Stärkung der Wirtschaftskraft erfolgen kann.